

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Haussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 D4 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d

Inhalt

Egon Lutz MdB, Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung, kommentiert die neuesten Arbeitslosen-Zahlen: Stingl verbreitet rosa Nebel über den Arbeitsmarkt.

Seite 1

Dr. Volker Hauff MdB, Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, begründet die Nichtbeteiligung der SPD an der Stiftung "Wald in Not": Augenwischerei.

Seite 3

Jan Oostergetel MdB, Mitglied des Bundestagsausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und Mitglied des Agrarausschusses beim Parteivorstand der SPD, zu agrarpolitischen Widersprüchen im Unionslager: Kleonie steht im Regen.

Seite 4

Horst Seefeld MdEP, Mitglied des Verkehrsausschusses des Europäischen Parlaments: EURO-CONTROL bleibt in Maastricht.

Seite 5

Dokumentation

Wir dokumentieren den Beschluß der Konferenz der SPD-Fraktionsvorsitzenden des Bundes und der Länder zur Umweltpolitik.

Seite 6

38. Jahrgang / 190

4. Oktober 1983

Stingl verbreitet rosa Nebel über dem Arbeitsmarkt

Anmerkungen zu den Arbeitslosenzahlen des Monats September

Von Egon Lutz MdB
Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung

Jeden Monat bietet sich dasselbe Bild, wenn in Nürnberg Präsident Stingl seinen großen Auftritt vor der Presse hat: Die Zahlen zum bundesdeutschen Arbeitsmarkt sind erschreckend, doch Stingls Beamte verbreiten Hochstimmung nach dem Motto "Es ist zwar schlimm, daß wir über zwei Millionen arbeitslose Frauen, Männer und Jugendliche haben, doch es besteht auch Anlaß zur Freude, schließlich ist die Drei-Millionen-Grenze noch nicht erreicht".

Von dieser Art Zynismus zeugt auch wieder die heutige "Erfolgsbilanz" der Arbeitsmarktdaten des Monats September 1983. Hier wird nicht nur ein sprichwörtlicher Silberstreif am Horizont entdeckt, sondern so getan, als habe man gerade eine sprudelnde Silbermine gefunden. Unter der Überschrift "Abwärtsbewegung auf dem Arbeitsmarkt weiter verlangsamt" werden die September-Daten betont freundlich-wohlwollend kommentiert.

Demnach hat im September die saisonbereinigte Arbeitslosenzahl erstmals seit dreieinhalb Jahren nicht mehr zugenommen, und ist die Abwärtsbewegung auf dem Arbeitsmarkt weiterhin schwächer geworden. Dabei ist eine Abwärtsbewegung auch in langsamer Form immer noch eine Bewegung in die falsche Richtung. Zu verdanken ist diese Entwicklung nach Meinung der Bundesanstalt für Arbeit einer intensiven Nutzung des arbeitsmarktpolitischen Instrumentariums durch die Arbeitsämter, einem geringeren Zuwachs beim Erwerbspersonenpotential und einem nachlassenden Personalabbau.

Verlag:

Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Haussallee 2-10/217
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

Printed in Germany
by Europa-Druckerei
Köln-Deutz



Die christdemokratischen Kommentierer in Bonn werden nicht zögern, als vierten Grund die Untätigkeit und das Gottvertrauen der CDU/CSU/FDP-Regierung hinzuzufügen.

Doch zu den nackten Zahlen des Monats September 1983 ohne beschönigendes wortreiches Beiwerk: Die Zahl der Arbeitslosen betrug 2.134.100 und damit lag sie 17 Prozent (22.900) über der des Vorjahresmonats und drei Prozent (62.100) unter der des August 1983. Die Arbeitslosenquote liegt damit bei 8,6 Prozent gegenüber 7,5 Prozent vor einem Jahr (Männer 7,6 Prozent gegenüber 8,6 Prozent und Frauen 10,2 Prozent gegenüber 8,8 Prozent). Die Zahl der Kurzarbeiter nahm um 24 Prozent (91.000) zu. Es wurden den Arbeitsämtern 110.700 offene Stellen gemeldet, und die Zahl der Arbeitsvermittlungen betrug 139.200, womit sich beide weiterhin auf anhaltend niedrigem Niveau bewegten. Dennoch sieht auch hier die Bundesanstalt im Vergleich zum Vorjahr nur positive Tendenzen, bei denen die reale Abnahme der offenen Stellen um vier Prozent (2.900) offensichtlich nicht weiter ins Gewicht fällt.

Die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen sank gegenüber dem Vormonat um fünf Prozent auf 199.100, womit sie aber immer noch den Vorjahresstand um sechs Prozent oder 11.900 Jugendliche übertraf. In den einzelnen Branchen ergibt sich folgendes Bild: 106.300 Arbeitslose in den Bauberufen, 369.300 in den Metall- und Elektrikerberufen, 68.000 bei den Gesundheitsdienstberufen und weitere 17.400 in den sozial-, erziehungs- und geisteswissenschaftlichen Berufen. Die Arbeitslosenquote belief sich für gewerbliche Berufe auf 11,4 Prozent und für Angestelltenberufe auf 5,9 Prozent.

Bei der Betrachtung des 3. Quartals 1983 insgesamt vermeldet die Bundesanstalt einen Zugang an Arbeitslosen von 928.100 und damit drei Prozent weniger als im gleichen Zeitraum des Jahres 1982. Ebenfalls im dritten Quartal konnten 383.400 Arbeitslose eine Beschäftigung aufnehmen (plus 22 Prozent gegenüber 1982). Und der Kommentar der Bundesanstalt vergißt natürlich nicht, diese Zahlenbeispiele in gebührender Form herauszustreichen. So gibt es in der heutigen Pressemitteilung der Bundesanstalt keine einzige Zahl, der nicht trotz allem noch etwas Positives abgewonnen wird - entweder im Vergleich mit dem 1. oder 2. Quartal 1983 oder mit dem Vorjahresmonat oder aber auch größeren Zeiträumen.

Offensichtlich soll auch aus Nürnberg das versprüht werden, was die Bonner Rechtskoalition fälschlich den "Wende-Charme" nennt. Dennoch wird der alte und neue Bundesvorsitzende der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA), Norbert Blüm, auch weiterhin ein "Arbeitslosenminister" sein, dem die Entwicklung des Arbeitsmarktes in den kommenden Wochen und Monaten keine Gelegenheit geben dürfte, sich im Lichte der heutigen Statistik zu sonnen. Gefragt ist auch an Tagen, an denen die Bundesanstalt für Arbeit optimistischen Nebel über dem Arbeitsmarkt verbreitet, eine entschlossen handelnde Bundesregierung und nicht eine, die anstelle der Arbeitslosigkeit die Arbeitslosen bekämpft, indem sie den rigorosen Sozialabbau betreibt beziehungsweise vorber-

(-/4.10.1983/ks/rs)

+ + +



Augenwischerei

Die SPD beteiligt sich nicht an der Stiftung "Wald in Not"

Von Dr. Volker Hauff MdB

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Während gegenwärtig in allen Bundesländern neue alarmierende Meldungen der Forstverwaltungen über die Waldschäden zusammengetragen werden, und dabei zu befürchten steht, daß schon 25 Prozent der Wälder als krank bezeichnet werden müssen, versuchen die zur Bekämpfung des Waldsterbens verantwortlichen Bundesminister, Innenminister Zimmermann und Landwirtschaftsminister Kiechle, sich mit Öffentlichkeitsstricks zu entlasten: Beide gründen heute in Bonn gemeinsam mit dem rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Vogel in seiner Eigenschaft als Präsident der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald die Stiftung "Wald in Not - Gemeinschaftswerk zur Rettung des Waldes".

Natürlich ist der Stiftungsgedanke als möglicher Handlungsrahmen für die Eigeninitiative gesellschaftlicher Gruppen oder auch von einzelnen Persönlichkeiten grundsätzlich begrüßenswert. Hier allerdings ist zu deutlich, daß sich die verantwortlichen Bundesminister aus ihrer Verantwortung für rasch wirksame Maßnahmen gegen das Waldsterben herausstehlen wollen. Dabei soll dann auch noch das positive Bürgerengagement, das unter der Überschrift "Stiftung" angezogen wird, ziemlich plump in eine Initiative der Bundesregierung umfunktioniert werden.

Für die SPD-Bundestagsfraktion habe ich eine Beteiligung an dieser Stiftung abgelehnt. Denn alle Maßnahmen zur Bekämpfung des Waldsterbens müssen an der Quelle ansetzen. Wir Sozialdemokraten haben dazu konkrete Vorschläge auf den Tisch gelegt: Wir brauchen eine Novellierung der TA-Luft, die rasche Einführung des bleifreien Benzins, wir brauchen endlich ein Schadstoffabgabegesetz - alles andere ist Augenwischerei.

Absurd wird es schließlich, wenn es in der Satzung heißt, die erste Aufgabe dieser - immerhin von Politikern ins Leben gerufene - Stiftung sei die Aufklärung der Bürger über die Gefährdung des Waldes. Die Bürger fordern längst massiv wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung des Waldsterbens; nur Zimmermann und Kiechle weigern sich, diese auch zu ergreifen. Ministerpräsident Vogel, der erst im Sommer den hessischen Vorschlag zur Luftreinhaltung, das Schwefelabgabegesetz, abgelehnt hat, ist besonders ungläubwürdig, wenn er nun die Bürger über die Rettung des Waldes aufklären will.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat im Juni dieses Jahres Bundeskanzler Kohl vorgeschlagen, einen Rat zur Bekämpfung des Waldsterbens zusammenzurufen. Die politischen Entscheidungsträger im Kabinett, in den im Bundestag vertretenen Parteien, in den Gewerkschaften, in den betroffenen Wirtschaftszweigen, die Vertreter der Umweltschutzverbände und die Wissenschaft müssen an einen Tisch gebracht werden. Die Abwendung der drohenden Naturkatastrophe Waldsterben erfordert das Zurückstellen aller parteitaktischen Erwägungen. Der Bundeskanzler hat es noch nicht einmal für nötig befunden, dem Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion auf seinen Brief zu antworten. Um so scheinheiliger wirkt die jetzt vorgeschlagene Stiftung. (-/4.10.1983/ks/rs)

+ + +



Widersprüche in der Agrarpolitik
-----**Unions-Abgeordnete lassen Minister Klechle im Regen stehen**

Von Jan Oostergetelo MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und

Mitglied des Agrarausschusses beim Parteivorstand der SPD

Mit Fragen der sozialen Gerechtigkeit hat die CDU/CSU seit der Wende nicht mehr viel am Hut. Hier unverbindliche Worte des "Mitgeföhls", dort ein paar wolkige, wenn auch markige Erklärungen als Bekenntnis zum Sozialstaat, aber faktisch betrieben wird der Abbau gesellschaftlicher sozialer Fürsorge allerorten.

Die Notwendigkeit des Sparens dient als Begründung dieser fortwährenden Schlechterstellungen. Daß aber die Union sich auch dann mit der sozialen Gerechtigkeit schwertut, wenn es den Staat gar nichts kostet, und bei dieser Gelegenheit auch noch ihren eigenen Minister und seine Aussagen bloßstellt, das ist wohl dann doch eine bisher nicht gekannte Steigerung.

Um was geht es? Der Zwang zum Sparen hat es notwendig gemacht, daß in der landwirtschaftlichen Alters- und Unfallversicherung der vom Bund getragene Anteil des finanziellen Aufwandes - der in der alten Last seine Begründung findet - verringert worden ist. Also steigen zwangsläufig die Eigenbeiträge der Versicherten - und wie sie steigen!

Beispiele: In der Altershilfe stiegen die Beiträge von 75 DM im Jahr 1981 auf 129 DM für 1984! Die Entwicklung von der anderen Seite: In der Unfallversicherung sank der Bundesanteil von 54,9 Prozent im Jahre 1975 auf geplante 26,9 Prozent 1984!

Da in der gleichen Zeit die landwirtschaftlichen Einkommen kaum angestiegen sind, andererseits auch noch eine unverhältnismäßig große Einkommensdisparität unter den Landwirten zu konstatieren ist, liegt der Gedanke nahe, nun wenigstens eine Staffelung der Bundeszuschüsse bezogen auf den jeweiligen Einzahler vorzunehmen, die den derzeitigen ungerechten und unhaltbaren Zustand beendet, daß Bauern mit geringem Einkommen über ein Viertel desselben für ihre soziale Sicherung ausgeben müssen, bäuerliche Großverdiener jedoch mit wenigen Promille ihres Einkommens eine auch noch vom Staat geförderte Absicherung erwerben können.

Einen Antrag mit diesem Ziel hat die SPD vor Jahr und Tag gestellt, damals ist er durch die Bundesratsmehrheit unter Zustimmung der Bundestags-CDU/CSU und des Bauernverbandes abgeschmettert worden - Frage am Rande: Wer hatte davon wohl einen Nutzen?

Aber seitdem man in der Regierung ist, also die Sonthofener Linie nicht mehr verpflichtet, besinnt man sich unter den Verantwortungstragenden anders.

So äußerte dann der jetzige Minister Klechle auf meine in obigem Sinne erneut vorgetragene Frage, die Bundesregierung prüfe diese Dinge und wolle diesbzüglich dann auch etwas unternehmen. Um jetzt aber endlich Nägel mit Köpfen zu machen, hat die SPD im Agrarschuß diese Woche den Antrag gestellt, die Regierung zur Neugestaltung - also Staffelung - aufzufordern.

Und siehe da - die Mehrheit der Union lehnte diesen Antrag ab!

Abgesehen davon, daß die Union mit diesem Verhalten kaltlächelnd ihren eigenen Minister desavouiert, der Vorgang läßt Raum zur Spekulation. Scheidet man Unkenntnis zum Sachverhalt als Erklärung aus, bleibt nur eins: Vorteile für die Starken bewahren, die Schwachen bluten lassen, oder: faktische Umverteilung von Unten nach Oben. Ob der Zwang zum Sparen wirklich der einzige Grund der Maßnahmen im sozialen Bereich ist?

(-/4.10.1983/ks/rs)

+ + +



EUROCONTROL-Zentrale Maastricht bleibt erhalten

Benelux und Bonn übernehmen Forderungen des EP-Verkehrsausschusses

Von Horst Seefeld MdEP

Vorsitzender des Verkehrsausschusses des Europäischen Parlaments

Die Verkehrsminister der Benelux-Länder und der Bundesrepublik Deutschland haben nunmehr genau die Entscheidungen getroffen, die der Verkehrsausschuß des Europäischen Parlaments mehrfach bezüglich der zukünftigen Aufgaben der EUROCONTROL-Flugüberwachungszentrale in Maastricht vorgeschlagen hatten, nämlich:

1. Den Beschluß vom 23. November 1982, der eine wesentliche Beschränkung der Befugnisse von EUROCONTROL-Maastricht (Konzept IV) enthielt, rückgängig zu machen, das heißt: EUROCONTROL war nur noch zuständig oberhalb einem Flugniveau von 300 (circa neun Kilometer).
2. Zur Zeit im Luftraum Belgiens, Luxemburgs und Norddeutschland den Status quo auf Flugniveau 195 (5.900 m) beziehungsweise 245 (7.500 m) beizubehalten.
3. In Belgien keine neue nationale Flugüberwachungszentrale zu bauen.
4. Im Luftraum Belgiens, Luxemburgs und der Niederlande spätestens 1988 bis 1989 an Maastricht alle Kontrollbefugnisse zu übertragen, mit Ausnahme des Anflugverkehrs (unter etwa 3.000 m).
5. Eine gleichartige Übertragung von Flugsicherungsaufgaben an Maastricht im nördlichen Teil des Luftraums der Bundesrepublik Deutschland durchzuführen, nach Abschreibung der in den regionalen Zentralen Bremen und Düsseldorf bereits gemachten Investitionen, dies bis spätestens um 1995.

Mit dieser Entscheidung ist:

1. Eine - vom operationalen Blickpunkt - bessere Abwicklung des Luftverkehrs im betroffenen Luftraum gewährleistet;
2. eine weitere Renationalisierung der Flugüberwachung in den betroffenen Ländern vermieden worden;
3. ebenfalls eine für die Fluggesellschaften erhebliche Kostensteigerung und somit für den Reisenden höhere Flugtarife vermieden worden.

Zusammenfassend kann betont werden, daß die Vernunft endlich gesiegt hat und die dauernden Bemühungen des Verkehrsausschusses des Europäischen Parlaments nicht ohne Erfolg geblieben sind.

Obwohl die Entscheidung vom 12. September dieses Jahres völlig deutlich ist, wird der Ausschuß darüber wachen, daß die Nationalverwaltungen keine neuen Hemmnisse schaffen bei der praktischen Durchführung des Konzentrationskonzeptes (Konzentration der Flugüberwachung des gesamten zivilen Luftverkehrs im Luftraum der vier Länder in Maastricht, mit Ausnahme des Anflugverkehrs) innerhalb der genannten Termine.

Leider bleibt die Entscheidung der Bundesregierung, die Zentrale Karlsruhe von EUROCONTROL loszulösen und zu nationalisieren, bestehen. Allerdings war eines der Bonner Argumente für diesen Schritt, daß die Holländer der Zentrale Maastricht nicht die erforderlichen Befugnisse übertragen würde. Dies ist jetzt geschehen. Wird Bonn nun neue Überlegungen bezüglich der EUROCONTROL-Zentrale anstellen? (-/4.10.1983/ks/rs)

+ + +



D O K U M E N T A T I O N

Die Konferenz der Vorsitzenden der SPD-Fraktionen des Bundes und der Länder, die vom 30. September / 1. Oktober 1983 in Irsee zusammengetreten war, verabschiedete folgende Resolution zur Umweltpolitik. Die Entschlüsse zu den Genfer Verhandlungen, Bundeshaushalt und Ausbildungssituation haben wir gestern veröffentlicht.

Sozialdemokraten zur Umweltpolitik

I. Luftreinhaltepolitik

Das Waldsterben in unserem Land hat sich in den letzten Monaten erneut besorgniserregend ausgedehnt. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die Erhebungen des letzten Jahres nach denen die Schäden auf cirka acht Prozent der gesamten Waldfläche geschätzt wurden, inzwischen in dramatischer Weise nach oben korrigiert werden müssen. Im Schwarzwald werden allein neun von zehn Tannen als krank gemeldet. Die Luftverschmutzung macht nicht an der Landesgrenze halt. Etwa die Hälfte aller Luftverschmutzung kommt aus dem Ausland. Umgekehrt gilt aber auch: Etwa die Hälfte der Luftverschmutzung aus der Bundesrepublik wird ins Ausland transportiert.

Die Vorsitzenden der SPD-Fraktionen des Bundes und der Länder sind der Auffassung, daß angesichts dieser galoppierenden Entwicklung die bisher von der Bundesregierung ergriffenen Maßnahmen zur Luftreinhaltung nicht ausreichen. Die im Frühjahr verabschiedete neue Fassung der TA-Luft und die Großfeuerungsanlagen-Verordnung mit ihren langen Übergangsfristen und ihren vielen Ausnahmeregelungen und die zögerliche Einführung des bleifreien Benzins lassen befürchten, daß Hilfe für große Teile unserer Wälder zu spät kommt.

Die Vorsitzenden der SPD-Fraktionen des Bundes und der Länder halten deshalb - aber auch aus allgemeinen Gründen des Gesundheitsschutzes - folgende Sofortmaßnahmen für dringend geboten:

1. Die Verabschiedung eines Schadstoffabgabegesetzes.
Nach dem Vorbild des sehr bewährten Abwasserabgabengesetzes soll das ökonomische Interesse der Betreiber von Altanlagen an zügigeren Maßnahmen für die Reinhaltung der Umwelt gestärkt werden. Es ist eine Abgabe zu erheben, die an den jeweiligen Ausstoß von Schwefeldioxid und Stickoxid anknüpft.
2. Möglichst rasche Einführung des unverbleiten Benzins und drastische Senkung der Kfz-Emissionen.
Anzustreben ist, daß alle nach dem 1. Januar 1986 zugelassenen Wagen zur Einhaltung solcher Abgaswerte verpflichtet werden, wie sie heute mit Hilfe der Katalysortechnik erreicht werden können. Dazu ist sicherzustellen, daß das bleifreie Benzin rechtzeitig auf dem Markt angeboten wird. Es ist Vorsorge zu treffen, daß unverbleites Benzin billiger als bleihaltiges Benzin angeboten werden kann. Die SPD-Fraktionsvorsitzenden vermissen von der Bundesregierung die notwendige Klarheit, ab welchem Termin die niedrigeren Abgaswerte gefordert werden sollen und ob sie bereit ist, dies auch durchzusetzen, ohne auf sämtliche europäischen Partner zu warten.

Vor dem Hintergrund des in der Bundesrepublik besonders fortgeschrittenen Waldsterbens halten es die SPD-Fraktionsvorsitzenden für notwendig, bleifreies Benzin auch dann in der Bundesrepublik einzuführen, wenn nicht gleichzeitig alle europäischen Partner mitziehen. Gleichwohl ist auf einheitliches europäisches Vorgehen hinzuwirken.



II. Verbesserter Gesundheits- und Umweltschutz vor gefährlichen Chemikalien

Der Schutz von Leben und Gesundheit der Menschen und der Schutz der Umwelt vor Gefahren, die durch hochgiftige oder krebserzeugende und sich in der Nahrungskette anreichernde Chemikalien und Schwermetalle drohen, muß verbessert werden.

1. Ein Verbot von 2,4,5-T und 2,4,5-T-haltigen Unkrautvernichtungsmitteln (wie zum Beispiel Tormona) ist dringend notwendig, da sie das hochgiftige TCDD (Dioxin) als Verunreinigung enthalten.

Die Fraktionsvorsitzenden fordern den Bundesrat auf, dem von Nordrhein-Westfalen vorgelegten 2,4,5-T-Verbotsgesetz zuzustimmen. Die Fraktionsvorsitzenden bitten die SPD-Bundestagsfraktion, gegebenenfalls einen entsprechenden eigenen Gesetzentwurf im Bundestag einzubringen.

2. Dringend notwendig ist auch ein Verwendungsverbot und eine kontrollierte Beseitigung von polychlorierten Biphenylen (PCB), die als Isolier- und Kühlmittel in Transformatoren, in Kondensatoren und als Hydraulikflüssigkeit im Bergbau noch immer verwendet werden, da bei Brandunfällen hochgiftige Verbrennungsprodukte, unter anderem Dioxin, entstehen können. Die entsprechenden Initiativen der SPD aus Nordrhein-Westfalen und Hessen werden von den SPD-Fraktionsvorsitzenden ausdrücklich unterstützt.
3. Die SPD-Fraktionsvorsitzenden halten den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Novellierung des Pflanzenschutzgesetzes für nicht ausreichend, um die Gefahren für Gesundheit und Umwelt durch die Pflanzenbehandlungsmittel abzuwehren. Sie halten deshalb wesentlich verschärfende Regelungen - entsprechend den Vorstellungen der nordrhein-westfälischen Landesregierung - für notwendig. Außerdem ist die Verwendung von Cadmium und Asbest einzuschränken.

III. Verankerung des Umweltschutzes als Staatsziel im Grundgesetz

Es gibt kein Grundrecht auf Leben ohne eine gesunde Umwelt. Die Fraktionsvorsitzenden der SPD begrüßen deshalb den Vorschlag der Sachverständigenkommission "Staatszielbestimmung/Gesetzgebungsaufträge", in unserer Verfassung den Umweltschutz ebenso wie Arbeit und Kultur als Ziel staatlichen Handelns zu verankern. Damit wird eine seit langem bestehende sozialdemokratische Forderung aufgegriffen, die insbesondere der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Hans-Jochen Vogel, als Justizminister vorangetrieben hat. Dadurch wird klargestellt, daß die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen verfassungsrechtlich geboten ist. Die SPD-Fraktionsvorsitzenden erwarten davon wichtige Impulse auf die Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung.
(-/4.10.1983/ks/rs)

+ + +

